Ausfertigung

VERWALTUNGSGERICHT MAGDEBURG

- 4. Kammer -

Aktenzeichen: 4 A 304/95

Verkündet am 02. Dezember 1997
Epperlein, Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der
Geschäftsstelle

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

in der Verwaltungsrechtssache

- 1. des Herrn F G
- 2. des Herrn P G
- 3. der Frau M G

die Kläger zu 2. und 3. vertreten durch den Kläger zu 1.,

Kläger,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Schwertner und Partner, Sternstraße 11,
39104 Magdeburg -

g e g e n

das **Katasteramt Staßfurt**, vertreten durch den Leiter, Atzendorfer Straße 20,
39418 Staßfurt,

Beklagten,

- beigeladen: 1. W T
- 2. D T

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Lüderitz, Liebknechtstraße 30,
39108 Magdeburg -

w e g e n

Fortführung des Liegenschaftskatasters.

Das Verwaltungsgericht Magdeburg - 4. Kammer - hat auf die mündliche Verhandlung vom 02. Dezember 1997 durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht Albrecht, den Richter am Verwaltungsgericht Friedrichs, die Richterin Seifert sowie die ehrenamtlichen Richter Buchholz und Düster für Recht erkannt:

Der Bescheid des Beklagten über die Übernahme der Grenzfeststellung und Abmarkung in das Liegenschaftskataster vom 24.01.1995 i. d. F. des Widerspruchsbescheides des Regierungspräsidiums Magdeburg vom 06.07.1995 wird aufgehoben.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Beklagte.

Die außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen sind nicht erstattungsfähig.

Das Urteil ist hinsichtlich der Kosten vorläufig vollstreckbar. Der Beklagte kann die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe des zu vollstreckenden Betrages abwenden, falls nicht die Kläger zuvor Sicherheit in gleicher Höhe leisten.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 8.000,00 DM festgesetzt.

T a t b e s t a n d :

Die Beteiligten streiten um die Rechtmäßigkeit der Übernahme der Grenzfeststellung und Abmarkung des Vermessungsingenieurs M in das Liegenschaftskataster bezüglich des Grundstückes Knickmühlenstraße 13 in W

Mit notariellem Kaufvertrag vom 11.05.1992 (Bl. 10 der Gerichtsakte 4 A 527/95) verkaufte Frau D B an die Beigeladenen mehrere nicht vermessene Teilstücke ihres Grundstückes in einer Größe von insgesamt etwa 5.600 qm. Die jeweiligen Teilstücke wurden in einem rot umrandeten Lageplan (Bl. 17 der Gerichtsakte) als Bestandteil des Kaufvertrages konkretisiert (vgl. § 1 des Kaufvertrages). Aufgrund eines ersten schriftlichen Vermessungsauftrages der Frau B zwecks Grundstücksteilung vom 08.10.1991 (Bl. 1 der Beiakte B) bereitete der Vermessungsingenieur im März und April 1993 die Vermessung vor. Im Zuge dieser Vorbereitung teilte Frau B als Auftraggeberin im März 1993 dem Vermessungs-

genieur vor Ort die von ihr aufgrund des Kaufvertrages gewünschten Grenzen mit. Insbesondere zeigte sie dabei auf einen Zaun im Norden des Grundstückes, auf dem nach ihren Vorstellungen die Grenze verlaufen sollte. Die aufgrund dieser Angaben vom Vermessungsingenieur im Grenztermin am 10.05.1993 festgestellten Grenzen wichen dabei von den Angaben im Kaufvertrag ab. Zur weiteren Darstellung der Meßergebnisse wird auf die zur Akte gereichten Pläne und Skizzen, insbesondere Blatt 19 und 185 f. der Gerichtsakte, verwiesen.

Am 10.10.1993 verstarb Frau B und ist von den Klägern beerbt worden. In zahlreichen Schriftsätzen an den Vermessungsingenieur M und das Katasteramt Halberstadt wandte sich der Kläger zu 1. gegen die festgestellte Vermessung (zur zeitlichen Darstellung wird auf die Klageschrift Bl. 1 ff. der Gerichtsakte verwiesen). Dabei wies der Kläger zu 1. stets darauf hin, daß Frau B nicht geschäftsfähig gewesen sei. Mit Widerspruchsbescheid vom 06.07.1995 wies der Beklagte den Widerspruch der Kläger mit der Begründung zurück, die Verwaltungsakte über die Grenzfeststellung und Abmarkung seien bestandskräftig geworden, so daß die Fortführung des Liegenschaftskatasters rechtmäßig sei.

Am 26.07.1995 haben die Kläger Klage erhoben und sind der Auffassung, daß die Fortführung des Liegenschaftskatasters rechtswidrig sei, da bereits die vom Vermessungsingenieur M durchgeführte Vermessung und Abmarkung aufgrund der Abweichung vom Kaufvertrag rechtswidrig sei. Diesbezüglich tragen sie umfassend zur Geschäftsunfähigkeit der Frau B vor.

Die Kläger beantragen,

den Bescheid des Beklagten über die Übernahme der Grenzfeststellung und Abmarkung in das Liegenschaftskataster vom 24.01.1995 i. d. F. des Widerspruchsbescheides des Regierungspräsidiums Magdeburg vom 06.07.1995 aufzuheben.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen

und ist der Auffassung, daß die Fortführung und Übernahme in das Liegenschaftskataster aufgrund der rechtmäßigen Vermessung und Abmarkung rechtmäßig sei.

Die Beigeladenen stellen keinen Antrag und schließen sich den Ausführungen des Beklagten an.

Das Gericht hat mit Beweisbeschluß vom 27.05.1997 durch Einholung eines schriftlichen Sachverständigengutachtens im Verfahren der Kläger gegen den Vermessungsingenieur Menzel (4 A 527/95) Beweis darüber erhoben, ob sich Frau D B im Zeitraum vom Dezember 1992 bis Juni 1993 in einem die freie Willensbildung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand.

Mit Urteil vom 24.10.1996 hat das Landgericht Magdeburg die Klage der Kläger gegen die Beigeladenen auf Grundbuchberichtigung abgewiesen (AZ: 4 0 3571/94). Die Berufung ist zur Zeit am Oberlandesgericht Naumburg anhängig.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten und des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf den Inhalt der Gerichtsakte dieses Verfahrens sowie des Verfahrens 4 A 527/95, die Protokolle der mündlichen Verhandlungen vom 27.05.1997 und 02.12.1997 und die beigezogenen Verwaltungsvorgänge des Beklagten und des Katasteramtes Halberstadt sowie die zur Akte gelangten Karten, Pläne und Skizzen Bezug genommen. Diese Unterlagen waren Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Entscheidungsgründe:

1.) Die zulässige Klage ist begründet.

Der Bescheid des Beklagten über die Übernahme der Grenzfeststellung und Abmarkung des Vermessungsingenieurs M in das Liegenschaftskataster vom 24.01.1995 i. d. F. des Widerspruchsbescheides des Regierungspräsidiums Magdeburg vom 06.07.1995 ist rechtswidrig und verletzt die Kläger in ihren Rechten (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO).

§ 11 VermKatG LSA regelt den Zweck und Inhalt des Liegenschaftskatasters. Dabei sind allein die Grenzen nachzuweisen, die verbindlich festgestellt sind (vgl. OVG Münster, Ur. v. 12.02.1992, NJW 1993, 217). Diese Voraussetzungen liegen nicht (mehr) vor. Gemäß Urteil des Gerichts vom 02.12.1997 in dem Verfahren 4 A 527/95 ist der Verwaltungsakt des Vermessungsingenieurs M bezüglich der Vermessung des Grundstücks aufgehoben worden. Dementsprechend ist auch die Fortführung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse in das Liegenschaftskataster aufzuheben.

2.) Die Kostenentscheidung folgt aus den §§ 154 Abs. 1, 162 Abs. 3 VwGO. Da die Beigeladenen keine Anträge gestellt haben und sich somit keinem dem Kostenrisiko nach § 154 Abs. 3 VwGO ausgesetzt haben, entspricht es der Billigkeit, ihre außergerichtlichen Kosten nicht für erstattungsfähig zu erklären.

Der Ausspruch über die vorläufige Vollstreckbarkeit ergeht gemäß § 167 VwGO i. V. m. § 708 Nr. 11, 711 ZPO.

Gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 GKG hält das Gericht vorliegend den Regelstreitwert für angemessen.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g :

Gegen dieses Urteil steht den Beteiligten die Berufung zu, wenn sie von dem Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt zugelassen wird.

Die Zulassung der Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils zu beantragen. Der Antrag kann nur durch einen Rechtsanwalt oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule gestellt werden; juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt sowie Diplomjuristen im höheren Dienst vertreten lassen.

Der Antrag ist bei dem Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67 a, 39104 Magdeburg, zu stellen. Der Antrag muß das angefochtene Urteil bezeichnen. In dem Antrag sind die Gründe, aus denen die Berufung zuzulassen ist, darzulegen.

Die Streitwertfestsetzung kann durch Beschwerde an das Obergerverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt, Schönebecker Straße 67 a, 39104 Magdeburg, angefochten werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 100,00 DM (einhundert Deutsche Mark) übersteigt. Die Beschwerde ist spätestens innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, bei dem Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67 a, 39104 Magdeburg, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.

Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Obergerverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt eingeht.

Albrecht

Friedrichs

Seifert